

Ist Ulbricht wirklich der Sieger?

Zu der Verschwörung im SED-Politbüro – Prestigeverlust der Sowjets

DT. Berlin (Eigenbericht). Die alten Funktionäre im deutschen Kommunismus haben offensichtlich keine große Chance mehr. Trotz der außerordentlichen Anpassungsfähigkeit, die Parteiführer wie Karl Schirdewan, Ernst Wollweber, Fred Oelssner und Paul Wandel immer wieder bewiesen haben, konnten sie offensichtlich nicht ganz auf das selbständige kommunistische Denken verzichten. Diese Männer und Parteifunktionäre in den verschiedenen Organisationen der Partei halten Walter Ulbricht für einen Vertreter des Großkommunismus — womit sie nicht ganz unrecht haben dürften.

Das Wesentliche des gegenwärtigen sensationellen Vorgangs in der Spitze der SED scheint darin zu bestehen, daß die gemäßregelten Funktionäre von den Möglichkeiten, die sich auf dem 20. Parteitag der KPdSU und nach den Ereignissen in Ungarn und Polen für eine große taktische Manövrierfähigkeit angeboten hatten, einen größeren Gebrauch machen wollten, als je im Kopf des ersten Sekretärs der SED vorgesehen war. Was Chruschtschow und — wenn auch unter anderen Bedingungen — Gomułka recht war, sollte der SED billig sein. Die Gruppe um Schirdewan und Wollweber, — wobei der letztere eine intime Kenntnis von der tatsächlichen Verfassung der Bevölkerung der Zone und ihrer Ablehnung des SED-Regimes hat — hat mit wachsender Besorgnis den Spannungszustand beobachtet, insbesondere die Schwierigkeiten auf dem wirtschaftlichen Gebiet, die schwere Erschütterung der überkommenen stalinistischen Partei-Ideologie und die Unversöhnlichkeit der Ulbricht-Gruppe in der gesamtdeutschen Frage.

Diese Vorgänge, die auch im Herbst 1956 unter dem Einfluß der osteuropäischen Ereignisse ständig an Bedeutung gewonnen haben und zu einer Rebellion der Parteintelligenz führten, wurden von Ulbricht mit einer Verschärfung des inneren und äußeren Drucks beantwor-

tet, mit Rechtfertigungen und Maßregelungen zahlreicher Art. Man denke nur an Wolfgang Harich, den Leipziger Professor Ernst Bloch, den geflüchteten Professor Alfred Kantorowicz und andere. Die jetzt politisch entrechteten Spitzenfunktionäre forderten eine Politik der Aufteilung und Ableitung der inneren Spannungen durch die Gewährung größerer Diskussionsmöglichkeiten und keine kriminelle Verfolgung der abweichenden Parteimeinungen. Ulbricht versucht seinen Kurs, in dem sich auch nicht ein Gramm Koexistenz befindet, unbeirrt fortzusetzen.

Der Rückgriff auf Männer, zu denen in erster Linie auch der rücksichtslose erste Sekretär aus Leipzig Paul Frölich gehört, der in seinem Bezirk während der letzten Monate ununterbrochen als Inquisitor tätig war, ist als politisches Symptom bedeutungsvoll. Man darf sich keinen Illusionen hingeben. Ulbricht und seine Gruppe werden immer mit den organisatorischen Mitteln des Drucks und der Verfolgung beweisen, daß sie keine selbständigen Regungen innerhalb der Parteidoktrin und Politik zulassen können. Da sie selbst großgeworden sind in der stalinistischen Schule des terroristischen Bürokratismus, bleiben sie diesen Erfahrungen treu. Auch ist ihnen die Unterstützung der führenden sowjetischen Gruppe vorläufig sicher.

Der im letzten Jahr bedeutend gewachsene Einfluß Suslows im sowjetischen Parteipräsidium korrespondiert mit der Auffassung der Ulbricht-Gruppe im Hinblick auf deutsche politische Parteifragen. Die finstere Unversöhnlichkeit gegenüber allen Revisionisten innerhalb und außerhalb des Kommunismus ist Suslow und Ulbricht gemeinsam. Aber der osteuropäische und internationale Kommunismus hat die ideologischen und politischen Stürme der letzten Jahre nicht ohne große Erschütterungen durchgemacht. Bei keiner kommunistischen Partei darf man die Oberfläche der Erscheinung für ihr Wesen nehmen. Wenn aber die Spaltung in wesentlichen Fragen der Wirtschaft, der Politik, der Ideologie bis in die Spitze der Politbüros vorgedrungen ist, so stellt dies für die Gesamtpartei ein Gefahrensignal erster Ordnung dar. Die Parteibasis ist für Ulbricht schmaler geworden. Der Kreis der Funktionäre, die er in den letzten Jahren um sich versammelt hatte, reduzierte sich schneller, als er es wohl selbst angenommen hat.

Da die Sowjets sich mit Ulbricht identifizieren, ist jeder Prestigeverlust, den Ulbricht heute erleidet, gleichzeitig ein weiterer Prestigeverlust der Sowjets innerhalb ihrer eigenen Satellitenparteien. Die Spaltung des führenden Parteikerns der SED in Ostberlin muß für die Sowjets ein politischer Vorgang von erstarriger Bedeutung sein. Das „Haus der Einheit“ in Ostberlin zeigt heute tiefe Risse, und Walter Ulbricht hat nicht mehr den notwendigen Zement, um es neu verputzen zu können. Für die Menschen in der Zone aber bricht — das müssen wir fürchten — nun ein noch härterer Kurs, eine noch schlimmere Zeit an.

Friedensvertrag?

DT. Wir haben keinen Friedensvertrag. Daran wurden wir erinnert, als Bundestagspräsident Gerstenmaier eben in die Debatte warf, auf der Tagesordnung einer künftigen Spitzenkonferenz sollte das Aushandeln eines Friedensvertrages mit Deutschland stehen. Der Begriff Friedensvertrag ist seit Jahren, spätestens seit dem Notenaustausch der Jahre 1952 bis 1953, überhaupt aus unserem politischen Vokabular verschwunden. Teils war es Resignation, die ihn verbannte, teils auch die Gewöhnung an die näherliegenden Teilaufgaben: die schlimme Not der nationalen und menschlichen Spaltung, die Wiedervereinigung und die Sicherheit. In den ersten Nachkriegsjahren rührten wir selbst nicht gern an dem Verlangen nach einem Friedensvertrag. Wir wußten, daß wir noch keine Vertragspartner sein konnten. Die Regelung von Versailles, die uns noch so unangenehm in Erinnerung ist, wäre uns vermutlich als ein vergoldeter Abglanz gegen das Diktat erschienen, das uns unmittelbar nach Hitlers Krieg hätte auferlegt werden müssen. Wir selbst konnten den Friedensvertrag unmittelbar nach 1945 nicht wünschen, auch wenn wir vor zwölf Jahren noch gleichgestimmteren Siegern gegenüberübergessen hätten als in den Jahren danach.

★

Daß der Friedensvertrag auch in den ersten Jahren der Nachkriegszeit nicht von den Siegern konzipiert wurde, lag dann in wachsendem Maße nicht an dem fehlenden deutschen Partner, sondern an der Uneinigkeit der Mächte, die ihn mit Deutschland hätten abschließen müssen. Im Potsdamer Abkommen von 1945 wurde er nur andeutungsweise in Aussicht gestellt. Aber in den Außenminister-Konferenzen der vier Mächte, die sich danach zum Vollzugsorgan der Politik um Deutschland herausgebildet hatten, spielte er zunächst immer wieder eine beträchtliche Rolle. Es war die Sowjetunion, die das

Thema des Friedensvertrages häufig berührte. Sie tat es freilich immer unter dem in manchen Varianten sich darbietenden Aspekt, den das Ruhrgebiet als das Kernstück eines Deutschlands neuer Nachkriegsprägung zu bieten schien. In diesen Erklärungen, die meistens von Molotow stammten, wird eine noch nicht existierende, aber ohne Wahlen von den Mächten einzusetzende deutsche Gesamtregierung als der Partner genannt, der für eine Friedensvertragsregelung aus solcher sowjetischer Sicht in Frage kommen sollte. Mit der Entwicklung zur Demokratie, die dann im westlichen Teil Deutschlands in so starken Zügen einsetzen konnte, und mit der Verfestigung der Spaltung verschwindet dann das Stichwort Friedensvertrag mehr und mehr aus der politischen Debatte der vier Mächte. Tatsächlich erleben wir zum letzten Male einen Versuch in den Stalinschen Noten des Jahres 1952, durch den Ausweg „Friedensvertrag“ die Entwicklung ganz Deutschlands zur freiheitlichen Demokratie zu überspielen.

★

Die westliche Seite hat ihrerseits mit dem Phänomen Friedensvertrag wenig anzufangen gewußt. Sie war mißtrauisch gegen das, was an Absichten und Plänen dahinterstecken konnte, weil der Osten die Operation Friedensvertrag deutlich als eine Operation in Richtung auf ein sowjetisch beeinflusstes Deutschland benutzte. Die Sowjets hatten den Friedensvertrags-Vorschlag mit der eindeutigen Absicht forciert, in ihm ein Instrument zu einer möglichen Sowjetisierung ganz Deutschlands zu finden. Dies schreckte den Westen. Und so entstand die Alternative: Friedensvertrag und freie Wahlen. Dies ist heute ein überholter politischer Gegensatz. Nicht nur, weil die sowjetische Politik aufgehört hat, auf das Instrument Friedensvertrag als ein Mittel, Einfluß in ganz

Deutschland zu gewinnen, zu hoffen. Uns scheint vielmehr, daß gerade die Konstituierung eines starken und freien Deutschland heute danach drängt, die Forderung nach dem Friedensvertrag für ein ganzes freies Deutschland zum politischen Thema zu machen.

★

Das ganze Deutschland ist das Ziel der deutschen Politik. Mit einem Teile Deutschlands könnte ein Friedensvertrag nicht geschlossen werden. Wohl gab es in den letzten Jahren Spekulationen, nach denen der Kreml angeblich vorhatte, mit Pankow einen Friedensvertrag abzuschließen. Dies könnte schon deshalb kein Friedensvertrag sein, weil er nicht mit den Mächten, sondern mit einer von mehreren Mächten einseitig abgeschlossen werden müßte. Die Erörterung um den Weg zur deutschen Wiedervereinigung aber käme gewiß auf ein neues Gleis, wenn nun die westliche Seite statt der vielen vagen Forderungen, die Deutschlandfrage zu diskutieren, konkret darauf ausginge, mit dem sowjetischen Partner den Friedensvertrag für Deutschland zu erörtern.

★

Man muß das lange und wortreiche Plädoyer Chruschtschows lesen, das er in Beantwortung von sechs Fragen an die Moskauer-Fahrer der „Welt“ geliefert hat, — und man wird wie nie zuvor erfahren, daß vom Kreml gegenwärtig auf den üblichen Wegen der Bemühungen um eine deutsche Wiedervereinigung nichts zu erwarten ist. Schlimmer noch als dies: die von Chruschtschow propagierte Konzeption von den zwei deutschen Staaten ist jetzt in der sowjetischen Politik so versteinert, daß der Herr/ des Kremls gar nicht mehr in jenen politischen Denkformen operiert, die noch vor fünf Jahren gang und gäbe waren. Freilich irren die, die meinen, vor fünf oder sechs Jahren hätten wir es mit einem umgänglicheren sowjetischen Partner in der Deutschlandfrage zu tun gehabt.

Fortsetzung auf Seite 7

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth

Berlin-Tempelhof 1.

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2. II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

USA erneuern Garantie für Berlin**Brandt bei Dulles und Nixon**

Washington (ap). Die USA erneuerten ihr Versprechen, Westberlin zu unterstützen und den ungehinderten Personen- und Güterverkehr von und nach Westberlin durch das Gebiet der Sowjetzone zu garantieren. Dies ist das Ergebnis einer Unterredung zwischen dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, und Außenminister Dulles in Washington. In einer Verlautbarung des State Departments heißt es, Dulles habe Brandt versichert,

daß die USA ein unmittelbares Interesse an der Sicherheit und dem Wohlergehen Westberlins hätten.

Kurz vor dem Beginn eines Essens im Kapitol war Brandt von Vizepräsident Nixon zu einer viertelstündigen Aussprache empfangen worden. Bei dieser Gelegenheit gab Nixon zu verstehen, daß er auf seiner geplanten Europa-Reise, die schon im vergangenen Jahr vorgesehen war, auch Berlin besuchen werde.

Rapacki-Plan „äußerst gefährlich“**Scharfe Kritik des US-Außenministeriums**

New York (ap). Das US-Außenministerium hat den polnischen Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa als „äußerst gefährlich“ abgeschrieben. Das State Department hat den amerikanischen Diplomaten in Europa telegrafisch die Einwände gegen den Plan übermittelt. Washington geht dabei von dem Eindruck aus, daß der zuerst von dem polnischen Außenminister Rapacki vorgebrachte Vorschlag der atomwaffenfreien Zone tatsächlich von der Sowjetunion inspiriert ist.

Die Haupteinwände der amerikanischen Regierung, denen die Auffassung des NATO-Oberbefehlshabers Nordstad zugrunde liegt, sind nach der Darstellung der „New York Times“:

1. In dem in Aussicht genommenen Raum sind die Sowjetunion und ihre Verbündeten mit konventionellen Truppen zahlenmäßig stärker vertreten als die Westmächte.

2. Bei einer Herausnahme der Atomwaffen würde das östliche Übergewicht zum Nachteil des Westens zur Geltung kommen.

3. Der Rapacki-Plan würde die gegenwärtige „Schild“-Konzeption der NATO über den Haufen werfen, nach der schlagkräftige westliche Truppen im Bereich des gegnerischen militärischen Raums stehen müssen.

4. Die Kontrollzusicherungen sind problematisch, da es bei dem jetzigen technischen Stand

der Inspektionsmöglichkeiten äußerst schwierig sein würde, irgendwo eingelagerte Atomsprenköpfe aufzuspüren.

5. Der Schwerpunkt der west-

lichen militärischen Probleme liege zur Zeit nicht in Mitteleuropa, sondern in den Randgebieten, vor allem im Nahen Osten.

„Mit Recht stolz“

Berlin (Eigenmeldung). Ernst Lemmer, Nachfolger Jakob Kaisers als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, schrieb dem TAG zur Verleihung der Berliner Ehrenbürgerschaft an Kaiser:

„Wenn ich mich jemals von Herzen über etwas gefreut habe, so ist es die Freude über die Ehrung, die meinem Freunde Jakob Kaiser zum 70. Geburtstag zuteil geworden ist. Berlin kann auf seinen jüngsten Ehrenbürger mit Recht stolz sein. In schwerer Zeit, als es darum ging, nicht nur für unser Volk, sondern auch für die Bevölkerung unserer Stadt eine neue Lebensmöglichkeit zu gewinnen, stand dieser gebürtige Franke, aber leidenschaftliche Berliner, in wahrhaft vorbildlicher Weise seinen Mann. Jakob Kaiser ist aus der Geschichte unserer Stadt nicht wegzudenken. Von Berlin aus hat er, das Gewissen der Wiedervereinigung, das gesamtdeutsche Bewußtsein in der Bundesrepublik geweckt und im Ausland für den Gedanken der deutschen Einheit erfolgreich um Verständnis gewonnen.

Schließlich aber hat er — und darin sehe ich sein Hauptverdienst — bei unseren Mitbürgern in der Sowjetzone von 1945 bis heute so viel Vertrauen gewonnen, daß er geradezu als Garant der Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden gilt. Wenn wir in seinem Geiste und mit seinem Willen weiterarbeiten, wird der schließliche Erfolg nicht ausbleiben.

Ich wünsche, daß unser Ehrenbürger Jakob Kaiser bald völlig gesundet in unsere Stadt zurückkehren darf. Er hat uns noch viel zu geben!“

(Siehe Seite 5)

**Rundfunksprecher
geflüchtet**

Berlin (dpa). Einer der bekanntesten Nachrichtensprecher des Sowjetzonen-Rundfunks, Walter Krauf, ist nach Westberlin geflüchtet und hat um politisches Asyl nachgesucht. Krauf war über fünf Jahre beim Sowjetzonen-Rundfunk als Nachrichtensprecher tätig.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Pankow verliert die Jugend

2,3 Millionen Flüchtlinge seit 1949 — Der Berliner Sozialsenator berichtet

Das sowjetzonale „Paradies der Werktätigen“ haben seit 1949 mindestens 2,3 Millionen Menschen verlassen; nur etwas über 0,2 Millionen Menschen haben höchstens in der gleichen Zeit den Weg nach der Sowjetzone gesucht. Mindestens 10 : 1 lautet das einseitige Verhältnis dieser Wanderströme, das aller Welt ständig offenbart, wie schlecht sowjetische Systeme im Wettbewerb mit freiheitlichen Gebieten abschneiden, selbst wenn die Wahl dieser Freiheit mit schweren persönlichen Gefahren und großen Opfern verbunden ist. Da diesem starken Verlust von 12 Prozent der sowjetzonalen Bevölkerung nur

ein Zuwachs von etwa 3,5 Prozent durch den spärlichen Geburtenüberschuß in neun Jahren gegenübersteht (wenn man den Zahlen des sowjetzonalen Statistischen Jahrbuches überhaupt Glauben schenken darf), dürfte die Zahl der Einwohner der Sowjetzone von 19 Millionen im Jahre 1949 bis auf etwa 17,4 Millionen Ende 1957 gesunken sein. Zu diesem Ergebnis kommt der Jahresbericht des Senators für Arbeit und Sozialwesen, der besonders die Flüchtlingssituation des letzten Jahres schildert und uns vorbildlich schnell mit Besonderheiten dieser tragischen, einseitigen Wanderungsbewegung bekannt macht.

42 Prozent auf Berlin; die übrigen Anträge gingen über die Aufnahmelager Uelzen und Gießen. Der Anteil Berlins an der Gesamtzahl der Anträge hat sich von fast 53 Prozent (1955) über 50 Prozent (1956) bis auf 42 Prozent im Durchschnitt des letzten Jahres verringert; er hat sich aber bereits im vierten Quartal wieder auf 44,3 Prozent erhöht. „Bei den Angaben über die als Notaufnahme-Antragsteller registrierten Flüchtlinge ist zu berücksichtigen, daß schon seit mehreren Jahren im Bundesgebiet viele Flüchtlinge (vermutlich mehr als ein Drittel) überhaupt nicht mehr durch das Notaufnahmeverfahren gehen, weil sie auch ohne formelle Anerkennung Aussicht auf einen Arbeitsplatz haben.“ Infolgedessen bleibt die Zahl der registrierten Flüchtlinge, so stellt der Sozialsenator fest, weit hinter der Gesamtzahl der im Westen Zuflucht suchenden Personen zurück. Daraus ergibt sich erst der gesamte Wanderungsverlust der sowjetisch besetzten Gebiete, von dem wir eingangs gesprochen haben.

Nicht alle werden registriert

Der Zustrom der Flüchtlinge nach Berlin war im vergangenen Jahr mit rund 130 000 im ganzen um fast 27 000 Personen niedriger als 1956. Doch dahinter verstecken sich starke Schwankungen und eine beträchtliche Erhöhung der Flüchtlingszahl gegen das Jahresende. Im zweiten Halbjahr 1957 war der Flüchtlingsstrom nämlich um fast die Hälfte stärker als in der ersten Jahreshälfte, wie auch nahezu wieder um 10 Prozent größer als zur gleichen Zeit 1956. Offenbar, so wird dieser Unterschied im Bericht gedeutet, hat das gesunkene Selbstbewußtsein der SED zu Beginn des Jahres infolge der Ereignisse in Ungarn und in Polen zunächst Hoffnungen auf eine Verbesserung der Verhältnisse geweckt, die später dahingeschwunden sind. Der Gipfelpunkt der Flucht wurde im September 1957 mit einem Tagesdurchschnitt von 484 Flüchtlingen nach Berlin erreicht. Dieser Tagesdurchschnitt fiel wieder auf 404 (Oktober), 399 (November) und 348 im Weihnachtsmonat, der damit jedoch eine weit höhere Fluchtziffer aufwies als der Dezember 1956 (199), obwohl am 11. Dezember 1957 das „Republikfluchtgesetz“ erlassen worden war mit seinen androhten schweren Strafen. Sputnik, Geldumtausch,

verschärfter Kirchenkampf, der Sturz Schukows mögen zu den psychologischen Faktoren zu rechnen sein, die den Flüchtlingsstrom verstärken.

Rund 262 000 Personen haben im Jahr 1957 überhaupt den Antrag auf Notaufnahme gestellt. Davon entfielen rund

Die besten Jahrgänge überwiegen

Die Altersgliederung der Flüchtlinge des letzten Jahres zeigt wiederum, daß sich vor allem die Dezimierung der männlichen Jugend in der Sowjetzone fortgesetzt hat. Rund 40 Prozent aller männlichen Flüchtlinge entfielen nämlich 1957 auf die Jahrgänge von 18 bis 25 Jahren. Das sowjetisch besetzte Gebiet hat im letzten Jahr, so heißt es in dem Bericht, durch die „Republikflucht“ von seinen sieben besten männlichen Jahrgängen wiederum fast 3 Prozent (nämlich 26 300 von 932 000) verloren. Nur 11,8 Prozent der sowjetzonalen Bevölkerung entfielen noch Ende 1956 auf die Jugendlichen von 18 bis 25 Jahren. Ihr Anteil an den Flüchtlingen (39,6 Prozent) war daher über dreimal so groß, als ihr normaler Anteil an der sowjetzonalen Bevölkerung. Die Flucht dieser Jugendlichen verstärkt sich von

Jahr zu Jahr. 1954 waren sie zwar auch schon überdurchschnittlich, nämlich mit 16 Prozent, am Flüchtlingsstrom beteiligt. Nachdem sich der Druck zum „freiwilligen“ Eintritt in Polizei und Armee verstärkte, stieg ihr Anteil auf 37 Prozent (1955), sank vorübergehend auf 32,4 Prozent (1956), um jetzt auf die Jahresrekordhöhe von 39,6 Prozent erporzuklettern.

Die jüngere Bevölkerung der sowjetisch besetzten Gebiete, nämlich die 14- bis 45jährigen, war schon immer überdurchschnittlich stark am Flüchtlingsstrom beteiligt. Schon 1952 betrug ihr Anteil an den Flüchtlingen nahezu 60 Prozent, während diese Jahrgänge bei der Volkszählung 1950 nur knapp 41 Prozent der sowjetzonalen Bevölkerung ausmachten. Im ersten Halbjahr 1957 haben die Jahrgänge der 14- bis 45jäh-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Jakob Kaiser wurde 70 Jahre

DT. Der ehemalige Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, vollendete sein 70. Lebensjahr. Noch immer bindet ihn schwere Krankheit an das Krankenzimmer im Sanatorium Bühlerhöhe, wenn sich auch sein Befinden allmählich bessert.

Um so mehr ist an diesem 70. Geburtstag Anlaß, daran zu denken, was dieser Mann für sein Volk geleistet hat. Vor wenigen Wochen erst wurden jene Ereignisse in die Erinnerung gerufen, die den Namen Jakob Kaiser in aller Welt bekannt gemacht haben, die sogenannte Kaiser-Krise. Damals, Ende 1947, lehnte Kaiser für die mitteldeutsche CDU den von den Sowjets gewollten Volkskongreß ab und blieb trotz allem Druck und allen Versuchungen bei seinem Nein. Dabei ging es nicht um parteipolitische Rechthaberei. Es ging darum, für unser von Hitler mißbrauchtes und im Zusammenbruch zerschlagenes Volk den Willen zu einem Leben nach eigener Art zu behaupten — auch im Sowjetbereich.

Patriotischer Wille im besten Sinne des Wortes hat Jakob Kaiser sein Leben lang geleitet. Mit diesem Willen hat er im ersten Weltkrieg seine Pflicht und mehr als seine Pflicht getan. Es ist ein Zeichen seiner Bescheidenheit, daß er nie von dem Eisernen Kreuz I. Klasse und dem Goldenen Verwundetenabzeichen gesprochen hat. Das Deutsche Reich war für diesen Mann von der Mainlinie — sein Geburtsort ist Hammelburg im Mainfränkischen — immer etwas Besonderes. Reich, das war ihm die tausendjährige Geschichte der Deutschen, die gleichberechtigte und gleichverpflichtete Gemeinschaft seines Volkes neben den anderen Völkern Europas, die Brücke der Verbundenheit von einem Teil des alten Kontinents zum anderen. Wer mit Jakob Kaiser in einer besinnlichen Stunde zusammentritt, ist immer wieder erstaunt, wie im Denken dieses Mannes die deutsche Geschichte auch in den Einzelteilen lebendig ist — und der Wille, sie wieder zum Guten hin zu gestalten.



Es ist folgerichtig, daß er nach dem verlorenen ersten Weltkrieg im öffentlichen Leben tätig wurde. Die betont christliche und betont nationale Haltung der christlichen Gewerkschaften hatte ihn bereits vor dem Kriege gewonnen. Nach 1918 rückte er in die gewerkschaftliche Führung auf und blieb dort, bis ihn die Nationalsozialisten 1933 aus seiner Arbeit vertrieben, so wie die Kommunisten vierzehn Jahre später. Mehrfach wurde er von der Gestapo verhaftet. Aber das hinderte diesen Mann nicht, sich mit Gleichgesinnten aus der Arbeiterschaft, aus dem Beamtentum, aus der Wehrmacht und anderen Gruppen immer wieder gegen den Nationalsozialismus zusammenzutun. Es war nicht Lust am Verschwörertum, sondern ehrliche und weit vorausschauende Sorge um das Schicksal von Volk und Reich, das ihn zu einem der entschiedensten Männer des Widerstandes werden ließ. Kaiser ist einer der sehr wenigen aus dem Führungskreis des 20. Juli, die dem Blutgericht Freisiers entgehen konnten. Vom Juli 1944 bis zum Einmarsch der Sowjets hielt er sich verborgen, zuletzt monatelang in einem Keller in Babelsberg bei Potsdam.

Als er im Mai/Juni 1945 in Berlin die Christlich-Demokratische Union Deutschlands mitgründete, gaben er und seine Freunde sich keinen Illusionen hin. Aber er blieb mit ihnen in

Berlin. „Die Stellung muß so lange wie möglich gehalten werden“, war seine Parole. Der erwähnte Eingriff der Sowjets und die bald darauf folgende Blockade Berlins machten unmittelbares Wirken in der Zone unmöglich. So vertrat er zusammen mit Otto Suhr Berlin im Parlamentarischen Rat bei den Vorarbeiten für die Bundesrepublik, und es war ganz natürlich, daß er dann in der ersten Bundesregierung die Arbeit für den gesamtdeutschen Zusammenhalt übernahm. Heute ist es selbstverständlich, daß man sich auch in Westdeutschland über die Wiedervereinigung die Köpfe heißredet und die Finger wundschreibt. Damals, in den Jahren nach 1949, war das ganz anders. Es war eine sehr mühsame, zuweilen sogar bespöttelte Aufgabe, den Sinn zu wecken für die gesamtdeutsche Verpflichtung. Man war ja so sehr mit den Notwendigkeiten des ersten Wiederaufbaues, mit der Sorge um eine neue Existenz befaßt... Es ist nicht allein, aber doch sehr maßgeblich dem Wirken Jakob Kaisers, seinem unentwegten Mahnen zu verdanken, daß der Wille zu Gesamtdeutschland geweckt und wachgehalten wurde. Er hat die toten Jahre unseres nationalen Schicksals überbrücken helfen.

Oft wurde Jakob Kaiser in diesen Jahren gemahnt, seinem Körper nicht zuviel zuzumuten. Er ließ sich nicht hindern, bis ihn die Krankheit traf. Nicht alles wird er fortsetzen können, was er vor der Krankheit getan hat — im Vorsitz seiner Partei, im Vorsitz der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, in der Führung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, zu dessen Gründung er den Anstoß gab, in der Führung der Exil-CDU, um nur einiges zu nennen. Aber er muß wissen an diesem heutigen Tage, daß es für ihn noch viel zu tun gibt. Gerade für ihn mit seiner lautereren Persönlichkeit, seiner über alle Parteigrenzen hinweg anerkannten vaterländischen Gesinnung und seiner inneren Verbundenheit zu den siebzehn Millionen in Mitteldeutschland.

„Kapitulation in Raten“

Bundesminister Schröder gegen „Kurswechsel der SPD“

Bonn (dpa). Bundesinnenminister Dr. Schröder äußerte in einer vom Rundfunk und Fernsehen übertragenen Ansprache seine Bestürzung über den Kurswechsel, der bei den westdeutschen Sozialdemokraten unter dem Eindruck des ständigen sowjetischen Neins zu freien Wahlen und damit zu einer Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit eingetreten sei. In seiner Rede, in der er sich mit der letzten außenpolitischen Debatte im Bundestag beschäftigte, stellte Schröder fest: „Ich kann diese Entwicklung bei den Sozialdemokraten nicht anders bezeichnen als eine Kapitulation in Raten.“

Es sei „tief bedauerlich“, daß die gegenüber den Sowjets beschlossene Haltung des Bundestags inzwischen zerbrochen sei. „Wir müssen mit Erschütterung feststellen, daß die Propaganda der Sowjetnoten unsere zu nächst einheitliche Ausgangsposition erheblich geschwächt hat.“ Das sei ein bedeutender Erfolg der sowjetischen Zermürbungstaktik. „Die Sowjetunion kann sich heute darauf berufen, daß die Opposition offenbar zu größeren Zugeständnissen bereit ist als die Bundesregierung.“

Nach den Worten Schröders ist es „bestürzend, zu sehen, mit wieviel Verachtung für das geschichtliche Tatsachenmaterial heute eine Dolchstoßlegende zu rechtgekleistert wird“. Der Minister wies darauf hin, daß der Bundestag einmütig — also mit den Stimmen der SPD und der FDP — in nicht weniger als zehn Entschließungen freie, allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament unter internationaler Kontrolle als Voraussetzung einer Wiedervereinigungspolitik in Frieden und Freiheit gefordert habe.

„Böses nächtliches Spiel“

Einleitend hatte Schröder darauf hingewiesen, daß die gemeinsame Opposition — SPD und FDP — für das „böse nächtliche Spiel“ ihre Hauptunterstützung in Moskau und Ostberlin gefunden hätte. Das Schauspiel der gehässigen Angriffe gegen den Bundeskanzler habe dort jubelnden Beifall gefunden. Pankow habe auch sofort die Opposition zu einer gemeinsamen Aktion gegen die Bundesregierung aufgefordert, denn die sogenannte große Volksbewegung sei schon im-

mer der sehnlichste Wunsch der Kommunisten gewesen. Ollenhauer habe zwar schon im Dezember eine gemeinsame Aktion mit Ulbricht abgelehnt, „aber wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der muß

Pankow verliert die Jugend

Fortsetzung von Seite 4

rigen sogar 70 Prozent der Flüchtlinge gestellt und in der zweiten Jahreshälfte 67 Prozent, während nach dem Statistischen Jahrbuch der Sowjetzone Ende 1956 auf sie nur noch ein Anteil von 39,6 Prozent an der gesamten Bevölkerung der sowjetisch besetzten Gebiete entfiel.

Wartesaal und Länderstau

Dieser Verlust wird noch durch die Tatsache verschärft, daß männliche Flüchtlinge ständig um etwa 50 Prozent zahlreicher sind als die weiblichen; dadurch verstärkt sich das Übergewicht der Frauen in der Sowjetzone.

Rund 86 000 Flüchtlinge wurden 1957 ins Bundesgebiet abgefliegen; der „Wartesaal Berlin“ war jedoch im Durchschnitt mit 4323 Personen des sogenannten „Länderstaus“ ständig überbelegt. Trotz bereits erfolgter Zuweisung an die westdeutschen Abnahmeländer konnten diese Flüchtlinge nicht sofort abgefliegen werden. Die Aufnahmevorbereitungen, besonders in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, den Ländern mit den höchsten Aufnahmeverpflichtungen (von 36,5 Prozent bzw. 18,5 Prozent der aufgenommenen Flüchtlinge), haben sich verzögert.

Wieviel Flüchtlinge sich heute im ganzen in Berlin befinden,

die Tatsache feststellen, daß die Propaganda der Opposition und die Propaganda der SED heute in diesem Punkte konform gehen“.

Nach den Worten Schröders ist die gegenwärtige Auseinandersetzung in Deutschland geeignet, Mißtrauen in der westlichen Welt hervorzurufen. Man frage sich dort, ob die Deutschen wieder wie vor 25 Jahren einen abenteuerlichen Alleingang wagen und ob sie um bloßer Spekulationen und Illusionen willen die Unterstützung des Westens preisgeben wollten. „Eine Wendung der deutschen Politik zum Neutralismus würde in der ganzen freien Welt als eine grundsätzliche Absage gewertet.“

ist nur durch fundierte Schätzungen zu ermitteln. Der Sozialsensator nimmt an, daß es Ende 1957 etwa 181 000 waren, wovon etwa 136 000 in Beschäftigung standen bzw. von Renten lebten. Gegenüber 1956 ist diese Zahl der in Berlin lebenden Flüchtlinge um rund 8000 größer. Etwa 14 000 Flüchtlinge unter dem Gesamtbestand dürften zu den „Abgelehnten“ zählen, von denen etwa 4100 „von privater Unterstützung oder Schwarzarbeit“ leben mögen. Von den für Berlin bisher insgesamt aufgenommenen (154 000) werden etwa 10 100 von der öffentlichen Fürsorge unterstützt, während sich noch 7500 in Lagern befinden.

Im ganzen waren Ende 1957 die Berliner Notaufnahmehäuser mit 9964, die Wohnlager mit 7100 Flüchtlingen belegt. Insgesamt wurden im letzten Jahr im Flüchtlingswohnungsbau in Berlin 1923 Wohnungen fertiggestellt; 3744 Wohnungen befinden sich zur Zeit im Bau. Im ganzen konnten bisher 42 700 Flüchtlinge in Berlin in rund 10 000 Wohnungen untergebracht werden. Das ist ein beachtlicher Beitrag Berlins zur Linderung der großen Not dieser Menschen, die durch politische Gewalttät und Terror mitten im Frieden um Heimat und Wohnstätte gekommen sind.

Ulbricht „säubert“ sein ZK



„Und willst du nicht mein Bruder sein ...“

SED wirft Kirchen Verfassungsbruch vor

Berlin (Eigenmeldung). Als offenen Bruch der Verfassung der Sowjetzone und als stärksten Gewinssenszwang bezeichneten Vertreter der SED Briefe, in denen die Evangelische Landeskirche und die Römisch-Katholische Kirche in Bautzen ihre Stellungnahme zur Jugendweihe zum Ausdruck brachten. In St.-Petri-Briefen, die an alle Eltern der Kirche verschickt wurden, heißt es: Wir, die Evangelische Landeskirche und die Römisch-Katholische Kirche, stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Konfirmation und Jugendweihe unvereinbar sind. Die Jugendweihe ist von jeher eine bewußt atheistische Angelegenheit gewesen. Wir zwingen niemanden zur Konfirmation. Zur Jugendweihe angemeldete Kinder können jetzt nicht konfirmiert werden. Sie scheiden aus dem Konfirmationsunterricht aus.

Die SED wendet sich gegen diese Haltung der Kirche und fordert, daß Jugendweihe-Teilnehmer nicht mehr vom Konfirmationsunterricht ausgeschlossen werden dürfen.

Erich Honecker hatte erst auf dem 35. Plenum erklärt, daß die SED keinen Glauben an Gott, keinen Aberglauben und keine religiösen Vorstellungen dulden könne.

Friedensvertrag?

Fortsetzung von Seite 2

Wir erkennen vielmehr noch deutlicher, daß in diesen Jahren die Sowjetunion von ihrem ursprünglichen Plan, die Herrschaft über ganz Deutschland zu gewinnen, auf einen anderen — freilich weniger durchsichtigen —, aber im Ziel noch gefährlicheren umgeschaltet hat.

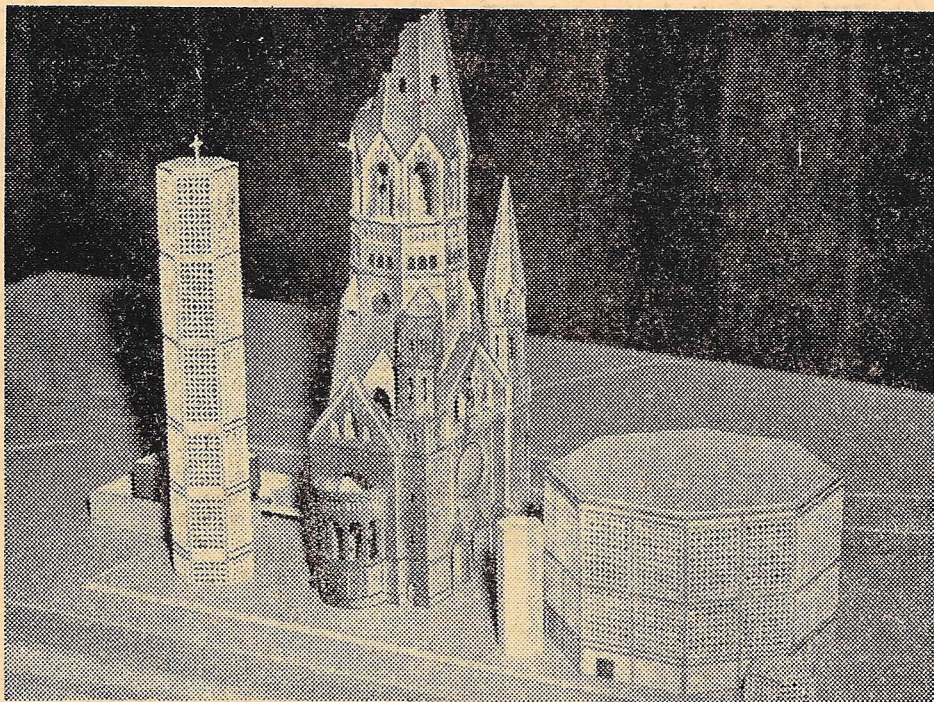
★

Dieser Plan von den „zwei deutschen Staaten“, in denen der östliche Teil als der Satellit und der westliche als der zu erobernde angesehen und behandelt wird, macht das Verfahren, eine Wiedervereinigung zu erreichen, natürlich sehr schwierig. Er kompliziert

selbstverständlich das Verlangen nach freien Wahlen als den selbstverständlichsten und eindeutigsten Weg zur Selbstbestimmung. Es kommt hinzu, daß die Sowjets heute soweit sind, sich sogar direkt zu weigern, die Frage der deutschen Wiedervereinigung zum Gegenstand einer allgemeinen Konferenz zu machen. In dieser Lage hat der Wunsch, endlich den Friedensvertrag mit Deutschland auf den Tisch einer Tagesordnung der Mächte zu legen, neue gewichtige und verheißungsvolle Aussichten.

Gewiß, die Frage nach denen, die Deutschland an solchem Verhandlungstisch vertreten

sollten, wird sich sogleich erheben, da Deutschland ja als Einheit heute nicht existiert. Aber diese Frage sollte heute eine untergeordnete Rolle spielen, da der Westen mit einem so freiheitlich entwickelten Deutschland wahrhaftig eine Kraft zu präsentieren hat, die alle Bedenken und Sorgen der ersten Nachkriegsjahre längst hinter sich ließ. Der Friedensvertrag mit Deutschland brächte natürlich auch Fragen und Probleme ins Rollen, die jetzt noch ruhen. Doch der Versuch, fast dreizehn Jahre nach Kriegsende nun dieses schwelende Feuer zu löschen, sollte schon unternommen werden, um in die unfruchtbare Diskussion um Deutschland einen neuen und, wie es scheinen will, konstruktiven Ton zu bringen.



BILDER DER WOCHE. Oben: So soll die neue Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin aussehen. Entwurf: Professor Eiermann (Karlsruhe). — Unten: Nach dem französischen Bombenangriff auf das tunesische Dorf Sakiet-Sidi-Jousseff; Beobachter besichtigen die Zerstörungen.

